

**Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand,  
Lebensqualität**  
**Kurzprotokoll**  
**19. Sitzung**

**Berlin, den 07.05.2012, 13:00 Uhr**  
**Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus**  
**Sitzungssaal: E 700**  
**-öffentlich-**

**Vorsitz: Daniela Kolbe (Leipzig), MdB**

**TAGESORDNUNG:**

**Vor Eintritt in die Tagesordnung      S. 7**

**Tagesordnungspunkt 1                      S. 8**

Zwischenbericht der Projektgruppe 3 (Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt -  
Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung)  
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)81

**Tagesordnungspunkt 2                      S. 24**

Abnahme des Gutachtens von Prof. Dr. Joachim Weimann, Institutionen für die Beherrschung globaler  
Commons und global öffentlicher Güter  
hierzu: Kommissionsmaterialie M-17(26)19  
Kommissionsdrucksache 17(26)80

**Tagesordnungspunkt 3                      S. 25**

Kenntnisnahme des Thesenpapiers der Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden vom  
7. März 2012  
hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)73

**Tagesordnungspunkt 4                      S. 26**

Berichte aus den Projektgruppen

**Tagesordnungspunkt 5                      S. 28**

Verschiedenes

off.



**Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "**  
Montag, 07. Mai 2012, 13:00 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Bilger, Steffen		Göppel, Josef	.....
Heider Dr., Matthias		Klamt, Ewa	.....
Middelberg Dr., Mathias		Klimke, Jürgen	.....
Nüßlein Dr., Georg		Linnemann Dr., Carsten	.....
Vogelsang, Stefanie		Murmann Dr., Philipp	.....
Zimmer Dr., Matthias		Schön (St. Wendel), Nadine	.....
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Arndt-Brauer, Ingrid		Groß, Michael	.....
Bulmahn, Edelgard		Heil (Peine), Hubertus	.....
Kolbe (Leipzig), Daniela		Kelber, Ulrich	.....
Wolff (Wolmirstedt), Waltraud		Schaaf, Anton	.....
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Bernschneider, Florian		Kauch, Michael <i>Simmeling, Werner</i>	<i>anwesend</i>
Bögel, Claudia	.....	Sänger, Björn <i>Kauch, Michael</i>	.....
Skudelny, Judith		Vogel (Lüdenscheid), Johannes	.....
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Leidig, Sabine		Birkwald, Matthias W.	.....
Lötzer, Ulla		Bulling-Schröter, Eva	.....

off


---

**Sitzung der Enquete-Kommission " Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität "**  
**Montag, 07. Mai 2012, 13:00 Uhr**

---

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Gambke Dr., Thomas		Walter-Rosenheimer, Beate	.....
Ott Dr., Hermann		Wilms Dr., Valerie	.....

Anwesenheitsliste

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

als sachverständige Mitglieder

Betzüge Prof. Dr., Marc Oliver

Betzüge

Bracht van, Georg

Bracht van  
Ulrich

Brand Prof. Dr., Ulrich

Carstensen Prof. Dr., Kai

Enderlein Prof. Dr., Henrik

Habisch Prof. Dr., André

Habisch  
André

Hexel, Dietmar

Hölz Prof., Hanns Michael

Jänicke Prof. Dr., Martin

Jochimsen Prof. Dr., Beate

Miegel Prof. Dr., Meinhard

Müller, Michael

Paqué Prof. Dr., Karl-Heinz

Reuter Dr., Norbert

Schmidt Prof. Dr., Christoph

Schneidewind Prof. Dr., Uwe

Wagner Prof. Dr., Gert

Jochimsen  
Beate Jochimsen  
Meinhard Miegel

Paqué  
Norbert Reuter  
Schneidewind  
Uwe Wagner  
Wagner

off

Sitzung der Enquete-Kommission "Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität"

Montag, 07. Mai 2012, 13:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

SPD

FDP

DIE LINKE.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

LUCIA DIELMAYER GRÜNE

Mislin, Alexander CDU/CSU

Seitz, Gisela GRÜNE

W. Hoff LINKE

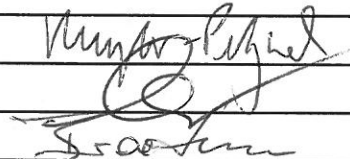
Amstutz, Alexander SPD

Schweifel FDP

Flemming, Jana LINKE



Montag, 07. Mai 2012, 13:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMGF BMU StBA	RUETER-PETZAK Kaiser BRAAKTILWU	Rdin BMU StBA	

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land

Beginn der Sitzung: 13:16 Uhr

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) heißt die Teilnehmer zur 19. Sitzung der Enquete-Kommission herzlich willkommen und regt angesichts des verspäteten Sitzungsbeginns an, beim kommenden Obleutegespräch über eine Verschiebung des Sitzungsbeginns der Enquete zu sprechen. Sie gratuliert Abg. Waltraud Wolff, Abg. Ingrid Arndt-Brauer, Abg. Dr. Georg Nüßlein, Abg. Stefanie Vogelsang sowie den Sachverständigen Georg van Bracht, Prof. Dr. Ulrich Brand und Prof. Dr. Meinhard Miegel nachträglich zum Geburtstag. Sie weist darauf hin, dass die Sitzung live im Parlamentsfernsehen übertragen werde und dass im Anschluss der zweite Bürgerchat mit 5 Kommissionsmitgliedern stattfinden werde, der beim letzten Mal ein Erfolg gewesen sei.

Anschließend informiert sie über zwei Bücher: ‚ABC der Alternativen 2.0‘, das von SV Prof. Dr. Ulrich Brand zur Verfügung gestellt wurde, und Nico Paechs ‚Befreiung vom Überfluss‘, von SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind bereitgestellt, und fragt, ob sich die beiden genannten Sachverständigen dazu äußern wollten.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind weist auf die intensive und kontroverse Diskussion von Nico Paechs Thesen in der gesellschaftlichen Debatte und die geplante Veröffentlichung des Buches in englischer Sprache hin, um sodann dem Verlag für die bereitgestellten Exemplare zu danken.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand dankt ebenfalls dem Verlag und macht die Medien sowie Zuhörerinnen und Zuhörer auf Freixemplare, die zur Mitnahme auslagern, aufmerksam.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) stellt fest, dass der Vermerk zum Obleutegespräch vom 24. April 2012 allen Kommissionsmitgliedern am 30. April 2012 zugegangen sei und dass entsprechend verfahren werden könne, weil sich kein Widerspruch gegen die dort enthaltenen Vereinbarungen erhoben habe.

### **Tagesordnungspunkt 1**

Zwischenbericht der Projektgruppe 3 (Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischer Fortschritt - Möglichkeiten und Grenzen der Entkopplung)

Kommissionsdrucksache 17(26)81

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) dankt den Mitgliedern seiner Projektgruppe. Er stellt fest, dass es nicht gelungen sei, den Endbericht in der gegebenen Zeit fertigzustellen. Er plädiere angesichts der Breite des Arbeitsauftrags und des Themenfelds der Enquete-Kommission dafür, in Planungen von Enquete-Kommissionen den Projektgruppen in Zukunft mindestens zwei Jahre Zeit einzuräumen. Der Zwischenbericht informiere über bisherige strategische Entscheidungen sowie die Arbeitsweise der Projektgruppe und so werde auch der Endbericht strukturiert sein, der am 31. August und 1. September 2012 endabgestimmt und verabschiedet werden solle. Weiterhin dankt er dem Sekretariat der Enquete-Kommission sowie allen beteiligten Mitarbeitern.

Nachfolgend erläutert er einige Begriffe, die in der Projektgruppe 3 zum Thema ‚Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaften‘ gleich zu Anfang geklärt worden seien. Normalerweise spräche man von ‚absoluter Entkopplung‘, wenn im Gegensatz zur ‚relativen Entkopplung‘ der Ressourcenverbrauch nicht nur weniger steige als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder der Wohlstand, sondern absolut sinke. Dies sei in vielen Bereichen notwendig und werde hier, anders als manchmal in der Literatur, als Reduktion bezeichnet. Ferner unterscheide man zwischen Entkopplung im engeren Sinne, etwa des Ressourcenverbrauchs vom BIP, und Entkopplung im weiteren Sinne, nämlich von Wohlstand und Lebensqualität.

Daraufhin gibt er einen Überblick über die Struktur des Zwischenberichts. Das erste Kapitel widme sich dem Verhältnis zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Politik und das zweite gehe auf die Bedingungen ein, unter denen eine Entkopplung stattfinden könne. In diesem Zusammenhang spricht er sich dafür aus, für die Nutzung der Natur Obergrenzen zu setzen, um irreversible Schäden vermeiden zu können. Das vierte Kapitel beschäftige sich, trotz der ansonsten globalen Ausrichtung der Arbeit der Projektgruppe, mit Entkopplungsprozessen in Deutschland und das fünfte Kapitel widme sich den Hindernissen von Entkopplung und Reduktion. Bestehende Handlungsmöglichkeiten zur Entkopplung würden im sechsten, Umsetzungs-



strategien im siebten Kapitel erörtert. Diese Ergebnisse würden sodann auch in die Arbeit der Projektgruppen 4 und 5 zu Ordnungspolitik, Arbeitswelt, Konsumverhalten und Lebensstile einfließen können.

Anschließend führt er aus, dass der menschliche Einfluss die Kapazitäten der Ökosysteme in den Bereichen Klimawandel, Verlust der Biodiversität und des Stickstoffkreislaufs bereits erschöpft habe<sup>1</sup>. Hier seien, wie auch der ökologische Fußabdruck (nach Dr. Mathis Wackernagel) zeige, die Umweltmedien bereits übernutzt, während andere noch Gefahr liefen, übernutzt zu werden. Eine große Herausforderung sei außerdem der ‚Rebound-Effekt‘, der auch die wichtige Erkenntnis der Projektgruppe unterstütze, dass technologische Effizienzsteigerungen eingebettet werden müssten in die richtigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Rahmenbedingungen. Technologische Verbesserungen allein würden nicht ausreichen und müssten von einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung begleitet werden. Eine Schlussfolgerung des noch nicht vollständig ausgewerteten Gutachtens zu den Allmenden<sup>2</sup> sei die Wichtigkeit des Zusammenschlusses von Pionierstaaten zu Vorreiterkoalitionen für die Findung globaler Regelungen. Schließlich lobt er die Zusammenarbeit und die Arbeitsatmosphäre in der Projektgruppe 3 und äußert sich zuversichtlich hinsichtlich der Fertigstellung des Endberichts bis Ende August.

Abg. Waltraud Wolff (SPD) ergänzt, dass in mehreren Bereichen noch Beratungs- und Einigungsbedarf bestehe, so beispielsweise bei Vereinbarungen zu praktischen Handlungsoptionen zur Entkopplung. Einigungsbedarf bestehe ebenfalls bei der Frage nach Systemveränderung durch individuelles Konsumverhalten oder durch Lenkung desselben durch ordnungspolitisches Eingreifen.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) stellt fest, dass ohnehin vorgesehen war, die sich zu Wort meldenden Mitglieder für ihre Fraktionen sprechen zu lassen und schlägt deshalb den Einstieg in die Fraktionsrunde vor.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge nimmt sodann für die Fraktion der CDU/CSU Stellung. Er teilt die Einschätzung, dass Konsens über die Ausgangslage und Herausforderung als solche bestehe, es nun aber noch Diskussionsbedarf über die abzuleitenden Konsequenzen für die nationale Politik gebe. Die Ausgangslage zeichne sich durch vier unbequeme

---

<sup>1</sup> siehe Rockström et al. (2009): „Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity“. *Ecology and Society* 14(2): 32.

<sup>2</sup> Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)19

Wahrheiten aus: Erstens sei dies die Gefahr durch Klimawandel und vorliegende oder drohende Überlastung von Erdsystemprozessen und zweitens bestehe das Problem, dass mehr Ressourcen zur Nutzung bereit stünden, als es die Umweltgrenzen zuließen. Energieökonomien seien zu der Erkenntnis gelangt, dass die Knappheit von Ressourcen wenig zu einer dramatischen Entkopplung beitragen würde. Drittens sei, in Anlehnung an Abg. Dr. Ott, der Rebound-Effekt zu nennen, der die Notwendigkeit bindender ‚Caps‘ [Obergrenzen] verdeutliche, für welche Effizienzpolitik kein Ersatz sei. Die vierte Wahrheit bestehe darin, dass diese Probleme nicht auf nationaler, sondern nur auf globaler Ebene lösbar seien, da es sich um öffentliche Güter bzw. Allmenden handele. Er zieht die Schlussfolgerung, dass die Bundesrepublik durch eigenständige Politik bestenfalls zu einer Lösung beitrage, diese aber nicht sicherstellen könne. Sie solle deshalb keine einseitige Vorreiterrolle bei der Entkopplung übernehmen, da dies weder die globalen Umweltgrenzen wahren könne, noch im Interesse der Bevölkerung des Landes liege. Eine wirksame Vorreiterpolitik hingegen müsse Voraussetzungen für internationale Kooperation schaffen, wobei der Frage nach Transferzahlungen in andere Länder zur Stabilisierung dieser und in globalen Institutionen Rechnung getragen werden müsse.

Abg. Judith Skudelny (FDP) betont den globalen Aspekt der Debatte und die Notwendigkeit globaler ‚Caps‘, um dem Klimawandel und anderen Herausforderungen zu begegnen. Effizienzpolitik könne aber trotz des Risikos des Rebound-Effekts hilfreich sein, um sozialen Wohlstand in Schwellen- und Entwicklungsländern durch Kostensenkung bei Verbrauchsgütern zu steigern. Schließlich lobt sie die Sachlichkeit von Diskussion und Austausch in der Projektgruppe 3, die sich auf die Notwendigkeit der globalen Dimension von Handlungen geeinigt habe.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand spricht für die Fraktion DIE LINKE. und empfiehlt eine strukturelle Änderung der Politik. Er tritt ebenfalls für das breite Verständnis von Entkopplung ein, das Abg. Dr. Ott angeregt habe und das viele Aspekte neben Effizienz beinhalte. Er findet weiter, dass eine Bewertung von Natur und ökosystemaren Dienstleistungen als Kapital und auszubeutende Ressourcen unzureichend sei. In diesem Zusammenhang sei der vorherrschende Begriff von ökologischer Modernisierung, in seiner Fixierung auf technologische Lösungskompetenz, zu eng gefasst. Außerdem solle man in die Arbeit der Projektgruppe noch stärker Erfahrungen und Perspektiven aus Ländern des globalen Südens einbeziehen. Schlussendlich

kritisiert er das allgemeine, ‚unhinterfragbare‘ Ziel der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und stellt die Frage, ob die Fixierung hierauf nicht selbst zur Problematik beitrüge. Er stimmt seinen Vorrednern in Bezug auf die Gefahr der Erwartung, politische Handlung werde durch Ressourcenknappheit erzwungen werden („Meadows-Falle“), zu. Er spricht sich ebenfalls für einen konsequent globalen Blick aus, hält aber über internationale Kooperation hinaus auch Entkopplungspolitiken in Deutschland für unumgänglich, um globale Probleme zu lösen. Er schließt, dass die Debatte nicht auf die internationale Ebene beschränkt werden, sondern auch die nationale, wie auch die europäische Ebene mit einbeziehen solle.

SV Prof. Dr. Uwe Schneidewind spricht für BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und nimmt ebenfalls Bezug auf die „Meadows-Falle“: Es müssten politische Grenzen gesetzt werden, da Rohstoffe selbst keine Grenzen setzen würden und somit Preissignale keine Lösung seien. Die Debatte über Kriterien für die richtige Vorreiterpolitik sei eine schwierige und sehr differenzierte. Anders als die drei übrigen Wahrheiten, welche SV Prof. Dr. Bettzüge angesprochen habe, sei die Frage der Vorreiterrolle noch konfliktträchtig. Die Enquete sei dennoch ihrem Auftrag gerecht geworden und dem engen Zusammenwirken von Politik und Sachverständigen seien große Fortschritte im Diskurs zu verdanken.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) eröffnet die Debatte und äußert die Hoffnung, dass die Erkenntnisse sich im noch nicht geschriebenen Endbericht niederschlagen könnten.

SV Michael Müller hält die These, dass der Nationalstaat aufgrund der globalen Dimension der Herausforderung nichts mehr bewegen könne, für problematisch und gefährlich. Er vergleicht die Situation mit der Errichtung des Sozialstaats, der zu seiner Zeit ebenfalls der Konkurrenzfähigkeit widersprochen habe. Es müsse verstärkt an internationaler Kooperation gearbeitet werden, aber dennoch seien bestimmte Veränderungen auf nationaler Ebene von enormer politischer und zivilgesellschaftlicher Bedeutung, unabhängig davon, ob sie in internationale Institutionen eingebunden seien. Ferner widerspricht er der These, dass die Rohstoffknappheit kein zentrales Problem sei, sondern äußert die Überzeugung, dass die Zeit dramatisch knapp sei, um ein System der fossilen Mobilität umzustellen beispielsweise, wenn die Ölreichweite auf rund 45 Jahren geschätzt würde. Weiterhin bezweifelt er, ob die bisherige Wirtschaftsordnung die Kombination von Effizienz, Konsistenz und Suffizienz überhaupt ermögliche.

SV Prof. Dr. André Habisch führt aus, dass bei der Problemanalyse mit globalem Fokus und der Diskussion um Allmenden meist ausschließlich das Handeln und die Diplomatie der Nationalstaaten im Vordergrund stünden. Zusätzlich müsse mehr auf international agierende Unternehmen und die Zivilgesellschaft geachtet werden, die als Organisationsakteure in der Lage sein könnten, bestimmte Teilprobleme innovativ zu lösen. Er hebt hierbei die Konsumenten hervor, die sensibilisiert werden müssten, beispielsweise durch IT-gestützte Konsumenten-Kommunikation. Konsumentenbewusstsein müsse auf nationaler Ebene geschärft werden, wenn dies auch auf globaler Ebene gelingen solle. Darüberhinaus regt er an, die Verantwortung von Unternehmen durch beobachtende Öffentlichkeit verstärkt einzufordern und außerdem die Breite des Instrumentariums weiter zu untersuchen, wobei sich auch die Projektgruppe 4 nicht ausschließlich auf klassische, staatliche Ordnungspolitik beschränken solle, sondern ebenfalls Gesellschaftsordnungspolitik ins Auge fassen solle. Diese sei dann auf die internationale Ebene projizierbar.

SV PD Dr. Norbert Reuter kritisiert den Wohlstandsbegriff, der dem Zwischenbericht der Projektgruppe 3 zu entnehmen sei und Wohlstand mit zunehmendem BIP gleichsetzen würde, als nicht umfassend genug und fordert eine Betrachtungsweise, die nicht mehr das bloße Mehr an Gütern und Verbrauch mit Wohlstand identifiziere, sondern immaterielle Werte integriere.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel äußert Zweifel in Bezug auf die von SV Prof. Dr. Bettzüge genannte zweite ‚unbequeme Wahrheit‘ und meint, dass explodierende Ressourcenkosten eine Lösung näherbringen müssten und auch politisches Handeln motivieren könnten, wenn sie auch nicht ausreichen würden, um Verhaltensmuster grundsätzlich zu ändern. Überdies könne man die Menschheit nicht als homogen betrachten, da tatsächlich große Teile der Menschheit weder bezüglich ihres Ressourcenverbrauchs noch ihrer Umweltbeanspruchung ein Problem darstellten. Vielmehr sei es eine kleine Gruppe entwickelter Volkswirtschaften, die über die Tragfähigkeitsgrenzen der Erde hinaus lebe. Schließlich bittet er SV Prof. Dr. Brand, seine Anmerkung zur Dogmatisierung der Wettbewerbsfähigkeit zu konkretisieren.

SV Prof. Dr. Ulrich Brand bringt daraufhin zum Ausdruck, dass man über politische Regulierungen nachdenken müsse, die nicht das Abwandern von Produktion an Standorte mit niedrigeren Löhnen und schlechteren

sozialökologischen Bedingungen zur Folge hätten. Dies sei bisher kaum thematisiert worden. Es würde vielmehr implizit angenommen, dass Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit halten müsse. Ohne schon eine Antwort zu haben, wolle er dies gern in einer offenen Diskussion hinterfragen.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) lobt die deutliche Herausstellung der Mehrdimensionalität von Entkopplung im Zwischenbericht der Projektgruppe 3 und erklärt, dass technologische Verbesserungen einhergehen müssten mit Veränderungen von Verhalten und wirtschaftlichen sowie sozialen Rahmenbedingungen. Zur Diskussion über die nationale Vorreiterrolle zitiert sie die Position von Prof. Dr. Martin Hellwig, der im Gegensatz zum Gutachten durch Prof. Dr. Weimann klar sage, dass nationale Alleingänge nicht so problematisch seien wie vielfach suggeriert werde, und dass es ohne sie zu einer Unterregulierung von Risiken, also einer Verschlechterung käme. Eine Problematisierung der Vorreiterrolle halte sie für kontraproduktiv und empirisch für nicht belegbar, weshalb es wichtig sei, eine Koalition der Willigen zu bilden, mit dem Anspruch, die Übrigen für einen vergleichbaren Entwicklungspfad zu gewinnen. Bezüglich der Diskussion, ob Ressourcenknappheit ein Problem darstelle, müsse sowohl die Effizienzsteigerung bei Ressourcen in Anbetracht von Preissteigerungen vorangetrieben werden, als auch die Setzung politischer Grenzen („Caps“) erfolgen. Weiterhin sei es notwendig, klar Verantwortliche zu benennen, um wirklich Veränderungen durchzusetzen. Schlussendlich bittet sie um stichpunktartige Vorschläge für die Entwicklung von Leitplanken und dafür, welche Fragen und Aspekte von den Projektgruppen 4 und 5 aufzugreifen seien.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) erteilt Abg. Dr. Ott das Wort, um die gesammelten Fragen zum Zwischenbericht zu beantworten.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt in Bezug auf SV PD Dr. Reuter, dass die Projektgruppe den weiteren Wohlstandsbegriff zwar für relevanter hielte, sich aber gemäß Einsetzungsbeschluss auf den engeren hätte konzentrieren müssen. Projektgruppe 2 hingegen benutze den weiteren Wohlstandsbegriff durchaus und solle ihn weiterentwickeln. Differenzen gebe es in der Projektgruppe noch bei der Frage nach dem Sinn einer Vorreiterrolle sowie bei der wissenschaftlichen Bewertung des Konzepts „Peak Oil“ und entsprechenden Schlussfolgerungen daraus. Allgemein sei es hilfreich, sich bei unauflösbaren Differenzen bewusst zu machen, dass eine konstruktive Wahrheitsfindung aus vielen Meinungen heraus mit im Konsens

gefundenen Ergebnissen erfolge. Diesem Verfahren sei sehr gedient, wenn unterschiedliche Auffassungen in Kästen nebeneinander gestellt würden, sodass der Bericht nicht in Mehrheits- und Minderheitsmeinungen zerfallen müsse.

Bezüglich der Frage nach Vorschlägen für die nachfolgenden Projektgruppen verweist er auf die Vorschläge des Madlener-Gutachtens, wie dem Rebound-Effekt zu begegnen sei und hebt hierbei die Steuerpolitik sowie ‚Caps‘ als geeignete Mittel heraus. Nach seiner persönlichen Meinung habe man mit solchen Obergrenzen in Deutschland und auch volkswirtschaftlich bei der Schadstoffbekämpfung gute Erfahrungen gemacht. Seine Projektgruppe werde Vorschläge zu Maßnahmen zur Entkoppelung machen, jedoch müsse die Projektgruppe 4 Fragen zum Instrumentarium genauer festlegen. Ohnehin seien es nicht Einzelmaßnahmen, sondern das intelligente Zusammenwirken verschiedener Instrumente auf unterschiedlichen Ebenen, das den Durchbruch in der Umweltpolitik brächte. Schließlich wünsche er sich von der ökonomischen Forschung mehr Hinweise auf wirtschaftliche Vorteile einer nationalen Vorreiterrolle.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) dankt Dr. Ott für den Hinweis, wie in seiner Projektgruppe mit unterschiedlichen Meinungen bzw. Widersprüchen umgegangen werde und bewertet dies als einen gangbaren Weg.

Abg. Ulla Lötzer (DIE LINKE.) führt aus, dass die Projektgruppe die Frage der Knappheit nicht nur nach geologischer Verfügbarkeit beurteile, sondern auch soziale und ökologische Verantwortung mit einbezüge. Ein wichtiger Fortschritt, zusätzlich zu den Effizienzmaßnahmen, sei die Einigung auf Caps, wenn auch noch Uneinigkeit bestehe bezüglich ihrer Dimensionierung und der nationalen, europäischen und internationalen Ebenen als Handlungsräume. Zu der Debatte über die Vorreiterrolle fügt sie an, dass Industrieländer in einer solchen Rolle nicht nur versuchen dürften, andere Länder zur Kooperation zu bewegen, sondern gleichermaßen auch absolut ihren eigenen Ressourcenverbrauch senken müssten. Sie findet, die Kooperation der Willigen sei ein gutes Lösungsmodell, wenn auch stärker über die Einbeziehung der Entwicklungsländer nachgedacht werden müsse. Sie seien nicht die Verursacher des Klimawandels, würden aber dessen Folgen am stärksten spüren und seien an der Diskussion nicht angemessen beteiligt.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge gibt klarstellend zu bedenken, dass die Vehemenz mancher Antworten oder Reaktionen auf seine Ausführungen unterstreiche, dass seine Wertung, wonach es sich durchaus um unbequeme

Befunde handele, vielleicht nicht ganz so unzutreffend sei. Hinsichtlich der Einordnung der statischen Reichweite für Erdöl, die SV Müller zitiert habe, ruft er in Erinnerung, dass diese Anfang der 1970er Jahre bei 30 Jahren gelegen habe. Das sei mittlerweile über 40 Jahre her und man habe in der Zwischenzeit ein erhebliches Wachstum des Erdölverbrauchs und auch der Erdölproduktion gesehen. Insofern sei die statische Reichweite hier an der Stelle nicht so zu interpretieren, wie Herr Müller es zumindest suggeriert habe. Die Rohstoffkosten müsse man nach seiner Auffassung deutlich differenzierter betrachten. In der Tat sei es zum Beispiel so, dass der Erdgaspreis und damit auch der Strompreis in den Vereinigten Staaten von Amerika in den vergangenen Jahren deutlich gesunken sei. Dies habe erhebliche Konsequenzen hinsichtlich der Standortüberlegungen von Industrieunternehmen. Es gebe beispielsweise in China erhebliche Kohlevorkommen. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Zugänglichkeit sei deshalb nicht zu erwarten, dass die Förderkosten für Steinkohle, zum Beispiel in China, in naher und mittlerer Zukunft deutlich steigen würden. Dies belege, dass der pauschale Satz: „Ressourcen würden immer teurer“, so offenkundig einfach nicht zutrefe. Wenn es denn so wäre, dass die Ressourcen schnell immer knapper würden und zwar alle, dann hätte man mit Entkopplung kein Problem. Denn dann würde die Entkopplung durch die Ressourcenpreise getrieben werden. Fakt sei aber, dass dies aller Voraussicht nach nicht eintreten werde. Beim Klima sei sehr deutlich untersucht, dass gewissermaßen die Menge der wirtschaftlich förderbaren fossilen Ressourcen verglichen mit dem CO<sub>2</sub>-Budget, was der Welt noch zur Verfügung stehe, um Faktoren höher sei. Selbst beim Ansatz heutiger Reservebestände bei heutiger Technologie und bei heutigen Preisen gelte dies. Dieser Befund müsse wirklich zur Kenntnis genommen werden, wenn man über Entkopplungspolitik diskutiere. Bezugnehmend auf Herrn Miegel weist er darauf hin, dass hinsichtlich des Treibhausgasproblems schon heute die Industrieländer weniger als 50 Prozent ausmachten. Es sei mit Nichten so, dass es nur eine kleine Gruppe von Ländern sei, die für den Treibhauseffekt verantwortlich sei, sondern insbesondere die großen, bevölkerungsreichen Schwellenländer seien jetzt schon ein Teil dieser Debatte. Diese Entwicklungs- und Schwellenländer, die für ihre Bevölkerung materiellen Wohlstand anstrebten, würden in absehbarer Zukunft hinzutreten. Dies sei ein klarer globaler Trend, den man zur Kenntnis nehmen müsse. Bezugnehmend auf SV Müller, der ihn [SV Bettzüge] überspitzt wie folgt zitiert habe: „Nationale Politik könnte nichts mehr ausrichten“, stellt er klar, dies sei keineswegs seine Aussage gewesen. Wichtig sei vielmehr die Diskussion darüber, was sinnvolle Vorreiter-



politiken sein könnten. In diesem Zusammenhang denke er, ganz im Sinne der Einlassungen von SV Müller und SV Habisch, dass sich zukünftig Demokratie und Zivilgesellschaft deutlich stärker als in der Vergangenheit supranational organisieren müssten. Denn ohne eine solche supranationale Organisation der Zivilgesellschaft werde es zunehmend schwierig. Man könne das im kleinen Maßstab bei den Problemen erkennen, die man dabei habe, die Europäische Union mit demokratischen Institutionen auszustatten, welche man bereits auf nationaler Ebene habe. Dies sei gewissermaßen der zentrale Drehpunkt für die weiteren Debatten in der Projektgruppe 3, nämlich das Verhältnis von nationalen Politikmaßnahmen, die auf nationale Akteure einwirkten mit dem Ziel, internationale Wirksamkeit zu erzielen. Zur angesprochenen Frage der Wettbewerbsfähigkeit führt er aus, dass eine Volkswirtschaft, wenn man ihr genügend Zeit und genügend Veränderungsmöglichkeiten gebe, auf sich verändernde Faktorkosten reagieren könne, und zwar durch Innovation, verschobene Industriestrukturen u. v. a. m. Wären Volkswirtschaften aber stark geprägt von Beharrungskräften – dies treffe zweifellos für die Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mit Blick auf zahlreiche Interessengruppen zu – dann tue sich ein Land sicherlich schwerer mit Veränderungen als andere Länder. Je höher die Veränderungsbereitschaft eines Landes sei, umso mehr könne man ohne Wohlstandsverlust Anpassungen realisieren. Das hänge dann natürlich auch damit zusammen, welchen Wohlstandsanspruch die gesellschaftlichen Schichten mit sich brächten.

SV Prof. Dr. Bettzüge nimmt sodann Bezug auf Abg. Bulmahn, die wiederum die Ausführungen von Herrn Hellwig zitiert habe. Dieser habe unter anderem die Ansicht vertreten, nationale Regulierung könnte bei der Eigenkapitalregulierung von Banken durchaus sinnvoll sein. An anderer Stelle jedoch habe Herr Hellwig sehr deutlich darauf hingewiesen, dass nationale Alleingänge, beispielsweise bei der Finanzmarkttransaktionssteuer, keinen Sinn ergeben würden - insofern müsse man sehr gut unterscheiden. Seine persönliche Hypothese angesichts der Tatsache der hohen wirtschaftlichen Verfügbarkeit von fossilen Ressourcen sei, dass die Finanzmarkttransaktionssteuer das bessere Analogon sei. Es sei ja nicht so, dass wenn man eine Tonne Öl nicht mehr produzieren würde, diese Tonne Öl unter der Erde bleibe, sondern diese Tonne Öl werde zu einem etwas geringeren Preis von jemand anderen auf der Welt konsumiert werden, solange es keine wirksame Beschränkung gebe oder keine wirksame CO<sub>2</sub>-Steuer auf globaler Ebene, die eben genau diese Verwendung verhindere. Zum Thema Effizienzpolitik stellt Prof. Dr. Bettzüge klar, seine Aussage sei nicht gewesen, dass Effizienzpolitik

an sich nicht sinnvoll sei. Er habe nur gesagt, man solle sich von Effizienzpolitik nicht erhoffen, dass sie Entkopplung zwangsläufig mit sich bringe. Diese Hoffnung sei trügerisch und darauf habe er hinweisen wollen. Gleichwohl sei Effizienzpolitik für ein ressourcenarmes Land wie die Bundesrepublik Deutschland durchaus ein sinnvolles Instrument der Wirtschafts- und Energiepolitik.

SV Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge macht eine ergänzende Anmerkung zum Öl: Es sei schon zutreffend, dass in der Vergangenheit die Prognosen immer wieder korrigiert worden seien. Er könne nur folgende Tatbestände feststellen: Seit 2006 habe es hinsichtlich der Produktion keine Steigerung mehr gegeben, in den letzten 30 Jahren sei kein nennenswertes Ölfeld mehr an Land gefunden worden und bei den neuen Feldern gebe es erhebliche Probleme. Er nennt beispielsweise das Tulip-Feld vor der Küste Brasiliens, das sei etwa fünfmal tiefer, als das im Golf von Lusiana. Zu nennen seien auch die dramatischen Schwierigkeiten im Kaspischen Meer, wo man überhaupt nicht vorankomme. Er wolle einfach nur darauf hinweisen, dass man einfach zu wenig wisse und das sei genau sein entscheidender Punkt gewesen. Er warne sehr davor, Knappheit bei den Rohstoffen gegen die Senkenproblematik auszuspielen. Die Hauptproblematik sehe er darin, dass der Klimawandel mit einer zeitlichen Verzögerung von 4-5 Jahrzehnten eintrete. Das heißt, man habe eine Entwicklung, deren Folgen man heute begründe, aber lange Zeit noch gar nicht bemerke. Das sei eine ganz andere Dimension, als bei den üblichen Ursache- und Wirkungszusammenhängen. Die Menschheit müsse lernen, mit Zeitverzögerungen umzugehen. Dies stelle eine unglaubliche Herausforderung dar.

SV Prof. Dr. Meinhard Miegel weist nach den Ausführungen von SV Bettzüge noch einmal darauf hin, dass man doch ganz offensichtlich eine extreme Asymmetrie beim Ressourcenverbrauch und der Umweltbelastung festzustellen habe. Etwa ein Fünftel der Menschheit verbräuche etwa 50 Prozent der Ressourcen und belaste auch die Umwelt zu 50 Prozent. Das bedeute im Umkehrschluss, dass vier Fünftel der Menschheit die andere Hälfte verbrauchten bzw. die Umweltbelastung für die andere Hälfte darstellten. Es sei richtig, dass der Anteil von 50 Prozent heute deutlich niedriger sei als vor 40 Jahren. In den siebziger Jahren habe dieses Fünftel der Menschheit ungefähr 80 Prozent verbraucht. Dieser Anteil sei dann schrittweise von 70 Prozent auf heute 50 Prozent gesunken. Die Entwicklung gehe also ganz eindeutig in eine Richtung. Dies ändere dennoch nichts daran, dass eine Veränderung des Verhaltens bei einem Fünftel der Menschheit weit

überproportionale positive Konsequenzen hätte, während Verhaltensveränderungen bei den anderen 4/5 der Menschheit relativ wenig verändern würden. Deshalb sei man in besonderer Weise gefordert, in Ländern wie Deutschland, Frankreich, USA, Japan, Australien und einigen anderen voranzugehen.

SV Prof. Dr. Martin Jänicke merkt kritisch zu SV Prof. Dr. Bettzüge an, dass über die Reichweite der Kohle in China keine falschen Zahlen verbreitet werden sollten. Die Reichweite betrage allenfalls nur noch 70 Jahre und in Indien sei die offizielle Regierungsangabe von 200 Jahre auf jetzt 35 Jahre gesenkt worden. Was die Rohstofffrage anbelange, habe Herr Miegel zu Recht auf die Kostenentwicklung hingewiesen. Der Industrialismus von heute sei ein Industrialismus, der sich im vorherigen Jahrhundert herausgebildet habe unter den Bedingungen billiger Rohstoffe. Und dies seien nicht nur billige Rohstoffe gewesen, sondern die Rohstoffe seien das gesamte Jahrhundert hindurch billiger geworden, um dann zu Beginn dieses Jahrhunderts explosionsartig weit über das Ausgangsniveau hinaus zu steigen. Wenn man über die Effizienzfrage diskutiere und bisher nicht viel Ergebnisse vorzuweisen habe, so müsse man natürlich die neueren Zahlen heranziehen. Man habe in dieser Zeit in Deutschland zum Beispiel eine Reduzierung des Materials um 17 Prozent gehabt und innerhalb von vier Jahren als Reaktion auf diese Preisentwicklung in der Industrie eine Verdopplung der Recyclingquoten feststellen können, also es habe sich schon eine Wirkung gezeigt. Natürlich habe der Preismechanismus eine Bedeutung. Er würde aber auch gerne bei der so lange diskutierten Vorreiterfrage daran erinnern, dass dies eine uralte Diskussion sei. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) habe schon in seinem ersten Gutachten 1978 festgestellt, dass es ökonomische Vorteile einer Vorreiterpolitik gebe. Später habe der SRU zu Recht darauf hingewiesen, dass zu einer Vorreiterpolitik aber auch gehöre, eine Diffusion der Bedingungen zu betreiben, also eine Verallgemeinerung dieser Politik. Ein Vorreiter, der nichts zur Verallgemeinerung seiner Erfolgsbedingungen beitrage, der gehe das Risiko ein, alleine in der Landschaft zu stehen. Das erinnere ihn an die alte Geschichte von ‚Somebody, Everybody und Nobody‘, die ein Problem lösen sollten. ‚Everybody und Somebody‘ stritten sich darüber, wer anfangen solle und am Ende löse das Problem ‚Nobody‘. Er plädiere dafür, man brauche die ‚Somebodys‘ und man haben in Deutschland sehr gute Erfahrungen damit gemacht, ‚Somebody‘ zu sein und anschließend die ‚Everybodyys‘ anzusprechen. Er nimmt sodann Bezug zum Text der Projektgruppe 3. Unter Punkt 4, 7. These heiße es , technologische

Innovationen könnten nur in Verbindung mit institutionellen, sozialen und kulturellen Innovationen zur Entkopplung und Reduktion führen. Es sei überhaupt keine Frage, dass soziale Innovationen in Innovationsprozessen eine große Rolle spielen. Dies sei wichtig und er erläutere dies anhand einiger Beispiele.

Abg. Judith Skudelny (FDP) führt aus, der ökologische Fußabdruck eines durchschnittlichen Briten habe sich leider überhaupt nicht verändert, obwohl das Land 28 Prozent weniger emittiere. Dies sei so, weil Großbritannien die Industrie ins Ausland verlagert habe und dadurch, dass man sein Konsumverhalten nicht geändert habe. Das sei gewissermaßen die Aktion ‚sauberer Vorgarten‘, die übrigens Deutschland auch betrieben habe. Aus zwei Gründen sei es gelungen, den CO<sub>2</sub>-Verbrauch zu reduzieren. Zum einen wegen der Schrumpfung der Bevölkerung- deswegen werde die Bundesrepublik die CO<sub>2</sub>-Ziele auch einfacher einhalten können. Ein zweiter Grund sei, dass man einfach mehr CO<sub>2</sub> importiert habe. Sich selber sauberer zu fühlen mit nationalen Aktionen bedeute noch lange nicht, dem Klimawandel in irgendeiner Form entgegengewirkt zu haben. Dies sei genau der Punkt, den man in der Projektgruppe 3 vorne angestellt habe. Es müssten Maßnahmen getroffen werden, denen auch andere Menschen bereit seien zu folgen. Bezugnehmend auf SV Prof. Dr. Miegel führt sie aus, auch sie fühle sich in gewisser Weise den ‚50 Prozent‘ dazugehörig. Aber sie bezweifle, ob die Amerikaner bereit seien, auf diesem Weg mitzugehen. Man dürfe zudem Wohlstand eben nicht nur aus der deutschen Perspektive heraus definieren. Und einfach nur zu sagen, man müsse in dem einen oder anderen Punkt nationaler Vorreiter sein, reiche nicht aus. Man müsse intelligente Transfersysteme entwickeln, um die Probleme global in den Griff zu bekommen. Und die Frage laute, wie man es schaffen könne, Vorreiter zu sein, der auch Nachfolger habe und nicht ein Vorreiter, der hinter sich eine Wüste lasse.

SV Dietmar Hexel macht einige Anmerkungen zu Ziffer 7 der zentralen Aussagen der Projektgruppe 3<sup>3</sup>. In der Wertung könne er so nicht zustimmen, weil gerade die kulturellen Veränderungen das Entscheidende seien. Um die großen Ziele zu erreichen, dürfe man nicht nur auf Technik setzen. Technologie sei ja auch mehr als Technik. Außerdem sei es so, dass man nicht nur wegen der knappen Rohstoffe ein Problem habe. Prof. Bettzüge sei in seiner Argumentation sehr genau. Darüber dürfe aber nicht vergessen werden, dass man eine Verantwortung habe. In der zunehmend Knappheits-

---

<sup>3</sup> Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)81

tendenzen widerspiegelnden Preisgestaltung zeige sich durchaus ein gesellschaftliches Bewusstsein. Wenn man nun aber sage, es seien genügend Ressourcen vorhanden, lediglich die Verfügbarkeit von Senken sei ein Problem, dann könne dies zu der falschen Schlussfolgerung verleiten, man könne weitermachen wie bisher. Deshalb solle auch das Problem der Ressourcenknappheit weiter beachtet werden. Er schließe sich eher dem Sachverständigen Müller an, jedoch könne man auch anderer Meinung sein. Zu der Bemerkung des SV Bettzüge, 50 Prozent der Ressourcen würden von einem Fünftel der Menschheit verbraucht, sei zu sagen, dass auch relativ reichlich verfügbare Ressourcen knapp werden könnten, wenn ein Aufholprozess der übrigen vier Fünftel der Weltbevölkerung einsetze. Grundsätzlich seien die Rohstoffe nicht sehr begrenzt, doch ziehe ihre Gewinnung hohe soziale Kosten mit sich, die mitberücksichtigt werden müssten. In der Projektgruppe 3 sei versucht worden, auch über unterschiedliche kulturelle Sichtweisen hinweg zu diskutieren. Dieser Prozess wäre noch viel schwieriger, wenn sich die PG 3 auch noch mit einem Verteilungsproblem auseinandersetzen müsste. In Deutschland gebe es – ungeachtet der existierenden Einkommensunterschiede - keine echte Armut. Hinsichtlich einer möglichen weltweiten Kooperation werde er aber sehr nachdenklich, was die Verteilungsproblematik anbelange. Wenn man aber unterstelle, dass es wirklich ein Problem gebe, dann bedeute dies für die Bürger eines Industrielandes wie Deutschland, dass man, wenn schon nicht Verzicht, so doch zumindest Mäßigung üben müsse, was mit einer tiefen Trauer verbunden sei. In den politischen Diskussionen werde die Ausgestaltung dieses Prozesses jedoch nicht offen thematisiert. Er sei kürzlich auf einer Veranstaltung im Vorfeld der Klausur des Bundeskabinetts gewesen. Dort werde die Frage gestellt, wie in Zukunft Geld zu verdienen sei. Dies sei jedoch die falsche Fragestellung. Die richtige Frage sei hingegen, wie angesichts der Knappheiten und des Bevölkerungswachstums der Wohlstand noch garantiert werden könne. Darüber könne man aber in der PG 3 schlecht reden, weil in der Bevölkerung die Überzeugung fehle, dass es so nicht weitergehen könne. Er wisse nicht, wie schnell hier ein Wandel in den Überzeugungen stattfinden könne.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) unterbricht die Sitzung für eine Pause.

### **Sitzungsunterbrechung von 15:07 Uhr bis 15:17 Uhr**

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) erteilt Abg. Gambke das Wort und heißt ihn bei dieser Gelegenheit als ordentliches Mitglied in den Reihen der

Enquete-Kommission herzlich willkommen, nachdem Abg. Kerstin Andreae wegen ihrer Berufung in den Fraktionsvorstand die Kommission verlassen musste.

Abg. Dr. Thomas Gambke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bedankt sich für die freundliche Aufnahme in die Kommission. Nach seinem Eindruck stehe als Konsens ziemlich klar fest, dass man einen enormen Handlungsbedarf habe. Dies sei auch überhaupt nicht mehr strittig. Er empfinde die Debatte von SV Prof. Bettzüge über die Frage, inwieweit die westliche Welt bzw. die entwickelten Volkswirtschaften ihren Verbrauch gesenkt hätten, bzw. dass ihr Anteil jetzt absinke, etwas skurril. Seine Logik sei dagegen relativ einfach: Wenn diejenigen, die viel verbrauchten, ihren Verbrauch absenkten, dann kämen die weniger entwickelten Länder, die weniger verbrauchten, hoffentlich nicht an die entwickelten Länder heran. Insofern sei es auf jeden Fall richtig, dass die Gesellschaften, die gegenwärtig einen hohen Verbrauch aufwiesen, sich ernsthaft bemühen sollten, diesen Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Aber weil die identifizierten Probleme, mit Blick auf den Klimawandel und beispielsweise die Biodiversität so groß seien und die Situation so ernst, müssten auch die Schritte groß und mutig sein. Er habe es als bemerkenswert empfunden, was Prof. Dr. Hellwig heute in Richtung Finanzmarkt ausgeführt habe. Dieser habe die Meinung vertreten, man müsse die Eigenkapitalanforderungen auf 30 Prozent anheben. Wenn er [Abg. Gambke] oder andere Vergleichbares sagen würden, dann hätte das zur Folge, dass die Medien sagten, da sitze ein „Grüner“ und der „spinne“ jetzt total. Nachdem aber Herr Prof. Dr. Hellwig ein ausgewiesener Fachmann sei, deute dies schon darauf hin, dass die Schritte schon groß und mutig sein müssten. Gleiches gelte im Bereich der sozialen und vor allen Dingen der ökologischen Schritte. Beispielsweise habe Japan einen riesigen Schritt gemacht und kürzlich alle Atomkraftwerke vom Netz genommen. Ihm sei nicht zu Ohren gekommen, dass die Menschen dort jetzt verhungerten und er höre nicht, dass dort die Industrie ganz aus dem Gleis geraten sei. Das bedeute aus seiner Sicht, dass die Schritte, die man jetzt benötige, mutig und groß sein müssten. Wenn er in diesem Zusammenhang die Debatte höre, über eine sinnvolle Vorreiterrolle, die möglicherweise Deutschland oder auch die entwickelten Volkswirtschaften spielen könnten, so mute das aus seiner Sicht etwas merkwürdig an, gerade auch mit Blick auf die die letzten 20/30 Jahre. Denn die deutsche Industrie habe sowohl im sozialen als auch im ökologischen Bereich eine riesige Vorreiterrolle gespielt. Er verweist beispielhaft auf ein Erlebnis aus dem Jahre 1990. Bei einem Besuch in China, um dort einen

Betrieb zu erwerben, habe er gefragt, wie es um die Abwasseraufbereitung stehe. Man habe ihm daraufhin erwidert, diese sei gar nicht vorhanden. Das heißt, die Chinesen hätten seinerzeit die cyanidischen Abwässer direkt in das Meer geleitet. Heute täten die Chinesen das nicht mehr. Deshalb verstehe er nicht ganz, warum man gerade mit Blick auf die Leistungsfähigkeit, die Deutschland habe – die Außenwirtschaftbilanz sei mit 148 Milliarden so groß wie nie zuvor – im Zusammenhang mit der Vorreiterdiskussion immer wieder das Argument der Wettbewerbsfähigkeit vorbringe. Er halte dieses Argument für nicht länger gerechtfertigt. Im Gegenteil, er plädiere dafür, mutig voranzuschreiten.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) hält die Aussage für wichtig, dass technologische Innovationen nur in Verbindung mit institutionellen, sozialen und kulturellen Innovationen zu Entkopplung und Reduktion führen würden. Sie ist der Auffassung, dass es für die Enquete-Kommission wichtig sei, sich nicht auf den technologischen, den institutionellen oder den sozialen Weg zu beschränken, sondern eine Kombination der drei anzustreben. Technologischer Wandel müsse mit kulturellem Wandel einhergehen, was das Beispiel der regenerativen Energien in Deutschland zeige, die durch starke, kulturelle Unterstützung so erfolgreich geworden seien. In diesem Bereich habe ein Bewusstseinswandel in der Bevölkerung stattgefunden, den es bei der Mobilität beispielsweise nicht gegeben habe. Hier seien technologische Möglichkeiten vorhanden, die weniger akzeptiert und deshalb weniger durchsetzungsfähig seien.

Bezugnehmend auf Abg. Dr. Gambke gehe es über die Aufgabe der Enquete-Kommission hinaus, bei der Erarbeitung von Vorschlägen detaillierte Schätzungen der Restbestände einzelner Rohstoffe zu liefern. Es sei außerdem notwendig, auch ohne internationale Regeln hierfür, breit wirkende und vernünftig gewichtete Instrumente zu entwickeln, um einen sparsameren Umgang mit Rohstoffen zu erreichen. Rohstoffe müssten umweltfreundlicher gewonnen und effizienter genutzt werden, während Recyclingquoten auf 50 bis 60 Prozent gesteigert werden müssten. Die Entwicklung solcher Instrumente sei eine wichtige Aufgabe der Enquete-Kommission, da trotz ähnlicher Versuche und Diskussionen seit den 1980er Jahren das Grundproblem unverändert geblieben sei.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigte sich zufrieden über das hohe Niveau der Debatte, die gut informiert und von großer Motivation getragen sei. In Erwiderung auf SV Prof. Dr. Jänicke erklärt er,



dass mit, institutionellen Bedingungen‘ nicht nur Organisationen und Einrichtungen, sondern auch Wertvorstellungen innerhalb einer Gesellschaft gemeint seien. Diese müssten sich ändern, wenn es zu einer echten Reduktion von Rohstoffen oder Energie kommen sollte.

Zur Äußerung des SV Prof. Dr. Miegel sagt er, dass in den meisten Fällen nicht die begrenzte Verfügbarkeit von Rohstoffen ein Problem sei, sondern eher soziale Verwerfungen durch knappebedingte Verteuerung und ökologische Gefahren, die mit der immer schwierigeren Extraktion und der Ausbeutung der Ressourcen einhergehen würden. Wachstum sei deshalb ein beliebtes Konzept, weil es Ärmere, die sich mit weniger zufrieden geben müssten, dennoch besser stelle als zuvor. Doch nun müsse, wenn ‚dieser Kuchen begrenzt‘ sei, sowohl innerstaatlich als auch auf internationaler Ebene verstärkt über gerechte Verteilung debattiert werden. Empathie und Solidarität seien hierbei geboten.

Schlussendlich äußert er die Überzeugung, mit Hinweis auf SV Prof. Dr. Bettzüge, dass aus der vergangenen Erfahrung mit Knappheitsvorhersagen der 1970er Jahre, welche sich nicht bewahrheitet hätten, nicht geschlossen werden könne, dass die Probleme sich in Zukunft lösen würden. Was in der Vergangenheit richtig gewesen und gelungen sei, müsse nicht deshalb in Zukunft ebenfalls klappen, da die Bedingungen ganz andere seien.

Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU) lobt die kollegiale und kooperative Zusammenarbeit in der Projektgruppe, die sich über ein Onlineverfahren zukünftig noch verlängern ließe. Mitglieder hätten auch öfter Erkenntnisse bereitwillig angenommen, die mit ihrer bisherigen Auffassung nicht übereingestimmt hätten, was er sehr anregend gefunden habe. Er dankt Abg. Dr. Ott, der ein vorbildlicher Vorsitzender gewesen sei und die Arbeit der Gruppe immer wieder motiviert, zusammengefasst und hervorragend geleitet habe.

Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) schließt sich diesem Dank an und erweitert ihn auf die gesamte Projektgruppe 3; sie freue sich bereits auf den Abschlussbericht, in dem auch die heutigen Diskussionsergebnisse Eingang finden sollten.

**Die Kommission nimmt den Zwischenbericht der Projektgruppe 3 einvernehmlich zur Kenntnis.**

**Tagesordnungspunkt 2**

Abnahme des Gutachtens von Prof. Dr. Joachim Weimann, Institutionen für die Beherrschung globaler Commons und global öffentlicher Güter

Kommissionsmaterialie M-17(26)19

Kommissionsdrucksache 17(26)80

Die Vorsitzende ruft die Abnahme des Gutachtens ‚Institutionen für die Beherrschung globaler Commons und global öffentlicher Güter‘ auf. Sie verweist auf Kommissionsdrucksache 17(26)80.

Abg. Dr. Hermann Ott (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) berichtet, dass das Gutachten kontrovers unter Beteiligung der Projektgruppe 4 diskutiert und mit wenigen Enthaltungen angenommen worden sei. Er empfiehlt, der Beschlussempfehlung<sup>4</sup> der Projektgruppe 3 zu folgen.

**Das Gutachten wird bei fünf Enthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen.**

---

<sup>4</sup> Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)80.

### **Tagesordnungspunkt 3**

Kenntnisnahme des Thesenpapiers der Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden vom 7. März 2012

hierzu: Kommissionsdrucksache 17(26)73

Die Vorsitzende verweist auf das Thesenpapier, welches von ihr und dem stellvertretendem Vorsitzenden, Abg. Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU), verfasst wurde<sup>5</sup>. Es versuche, die Konsense festzuhalten und einen Überblick über den Zwischenstand der Arbeit zu geben. Sie bitte um Kenntnisnahme der Unterlage.

Abg. Stefanie Vogelsang (CDU/CSU) äußert die Bereitschaft, das Papier zur Kenntnis zu nehmen, lehnt es aber ab, darüber abzustimmen.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD) meint, dass das Papier sachlich und auf angemessene Art und Weise den Grund der Einsetzung, die Aufgaben und Erwartungen an die Enquete-Kommission darstelle, was auch für die Öffentlichkeit sehr wichtig sei. Sie plädiert aus diesem Grund dafür, das Papier als gemeinsames Ergebnis der Enquete-Kommission anzunehmen. Wenn es keine Zustimmung fände, gebiete es zumindest der Respekt vor der Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden, das Papier zur Kenntnis zu nehmen. Zu deren Aufgaben gehöre es schließlich auch, zu der Arbeit der Kommission, der sie vorstehen, eine Position zu vertreten.

SV PD Dr. Norbert Reuter fragt nach, welche Differenzen hinsichtlich des Thesenpapiers bestünden und was an dem Papier beanstandet werde. Er teile die Prämissen und halte es für hervorragend.

Die Vorsitzende stellt sodann fest, dass das Papier ohne Abstimmung von der Kommission zur Kenntnis genommen wird.

---

<sup>5</sup> Vgl. Kommissionsdrucksache 17(26)73

#### **Tagesordnungspunkt 4**

##### Berichte aus den Projektgruppen

Die Vorsitzende führt aus, die Projektgruppe 1 werde heute nicht berichten, aber am darauffolgenden Tag werde eine Telefonkonferenz der Vermittlungsgruppe, bestehend aus jeweils einer Person je Fraktion, stattfinden.

Abg. Florian Bernschneider (FDP) berichtet stellvertretend für Abg. Vogelsang aus der Projektgruppe 2. Es sei entschieden worden, das Messinstrumentarium in drei Säulen zu gliedern, nämlich erstens wirtschaftliche, zweitens soziale und gesellschaftliche sowie drittens ökologische Aspekte von Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität. Die erste Säule sei gerade zuvor fertiggestellt worden und er sei optimistisch, dass die Projektgruppe 2 den Zeitplan werde einhalten können. Man habe sich auf mehrere Leitindikatoren geeinigt: Das BIP pro Kopf sowie den nominalen Schuldenstand mit der impliziten Verschuldung, der ‚Nachhaltigkeitslücke‘ in Klammern. Als Warnlampen seien unter anderem die Blasenbildung und die Nettoinvestitionsquote, als Hinweislampen marktgehandelte Güter und im Haushalt hergestellte Güter diskutiert worden.

Abg. Edelgard Bulmahn (SPD), berichtet als Vorsitzende der Projektgruppe 4 über eine Anhörung von Prof. Dr. Martin Hellwig, des Direktors des Max-Planck-Instituts für Gemeinschaftsgüter. Der Vortrag über die Entwicklung der Finanzmärkte, Gründe für die Finanzkrise und Vorschläge zur Verbesserung der Stabilität der Finanzmärkte sei ausgesprochen informativ gewesen. Sie halte es für hilfreich, wenn er diese Inhalte in einem Kurzgutachten aufbereiten würde. Sie hofft, dass die Themen Stabilität und Finanzmärkte in einer zweiten Sitzung im Mai vertieft und sodann bald abgeschlossen werden können.

Abg. Sabine Leidig (DIE LINKE.) berichtet anschließend aus der Projektgruppe 5 und gibt zunächst zu bedenken, dass ihre Projektgruppe extrem wenig Zeit habe, um das Pensum zu bearbeiten: Zu den Kernthemen Arbeit, Konsum und Lebensstilen sei nun noch auf Wunsch der Projektgruppe 4 das Thema soziale Sicherheit hinzugekommen. Sie gibt einen Überblick über die drei vergangenen Treffen: Zu Beginn habe man sich darauf verständigt, dass man sich der Frage nach einer nachhaltigen Lebensweise widmen werde. Man wolle herausarbeiten, was Politik und Gesellschaft zu einer solchen beitragen könnten und dabei die ökologische, soziale und ökonomische

Dimension der Nachhaltigkeit betrachten wolle. Da man sich nicht mit allen Begrifflichkeiten intensiv beschäftigen könne, wolle man auf ‚Input-Papiere‘ zurückgreifen, die im Sekretariat unter anderem zu den Themen Lebensstilen, Konsum und der Gender-Perspektive erstellt würden und einen kurzen, hilfreichen Überblick über die wissenschaftliche Debatte und Literatur gäben. Allgemein werde versucht, sich jedem der drei Kernthemen mithilfe von internem und externem Sachverstand anzunähern, einen Problemaufriss zu erarbeiten, der die wissenschaftliche Debatte einbezüge und unterschiedliche Zugänge zu den Themen zu entwickeln.

Im zweiten Treffen habe SV Prof. Dr. Habisch zum Thema Konsum referiert und das Problem der asymmetrischen Information über Konsumgüter in den Mittelpunkt gestellt. Hierbei sei die Frage zentral, wie Nachhaltigkeitskommunikation aussehen müsse, damit Verbraucherinnen und Verbraucher vernünftige Entscheidungen treffen könnten. Prof. Dr. Armin Grunwald habe in seinem Vortrag stärker die Verantwortung gesellschaftlicher Regeln und politischer Entscheidungen betont und sähe für eine Veränderung des Konsumverhaltens die Notwendigkeit solcher politischer Entscheidungen durch Bürgerinnen und Bürger. Beim dritten Treffen habe einerseits Prof. Dr. Adelheid Biesecker referiert, wobei sie den herrschenden Arbeitsbegriff kritisch beleuchtet und die Sorgearbeit bzw. das Tätigsein allgemein in den Mittelpunkt gestellt habe. Auf der anderen Seite habe Dr. Hilmar Schneider dargestellt, dass die Arbeitswelt zunehmend durch Entgrenzung und Verantwortungsstress gezeichnet sei.

Es habe sich insgesamt herausgestellt, dass die Frage, welche Rollen individuelles Verhalten einerseits und gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen andererseits bei der Entwicklung nachhaltiger Lebensweisen spielten, tieferer Bearbeitung bedürfe. In der Klausursitzung am kommenden Samstag werde nochmals die Thematik der Lebensstile bearbeitet und erstmals über die Gestalt des Berichts diskutiert werden.

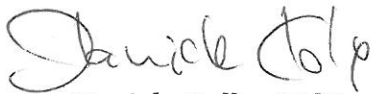
Die Vorsitzende Daniela Kolbe (SPD) merkt daraufhin an, dass die angesprochenen ‚Input-Papiere‘ des Sekretariats nicht versandt wurden, sondern im internen Bereich der Enquete-Kommission hinterlegt und für alle Mitglieder zugänglich seien.

**Tagesordnungspunkt 5**

Verschiedenes

Die Vorsitzende erinnert an den anschließenden Bürgerchat und fordert die Anwesenden auf, hieran teilzunehmen.

**Schluss der Sitzung: 16:00 Uhr**



Daniela Kolbe, MdB

**Vorsitzende**